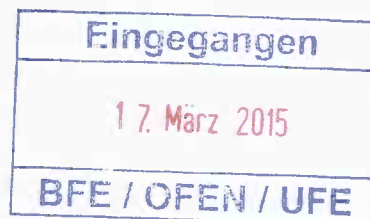


Bundesamt für Energie
Sektion NE
3003 Bern



Frauenfeld, 16. März 2015

Strategie Stromnetze: Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard,
sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung zur Stellungnahme betreffend die Strategie Stromnetze vom 28. November 2014.

GÉOTHERMIE.CH, die Schweizerische Vereinigung für Geothermie, unterstützt grundsätzlich die Absicht des Bundesrates, das Elektrizitäts- und das Stromversorgungsgesetz hinsichtlich des Um- und Ausbaus der Stromnetze zu überarbeiten.

Die Energiestrategie 2050 und der damit verbundene Wechsel in der Energieerzeugung hin zu erneuerbaren Energien bedingen gewisse Um- und Ausbauten der Stromnetze. Die Art und der Umfang dieser notwendigen Um- und Ausbauten werden insbesondere auch vom Anteil einheimischer bandlastfähiger Energieerzeuger am Schweizer Strom-Mix mitbestimmt. Bandlast erzeugende Kraftwerke, die standortunabhängig in den Verbraucherregionen errichtet werden können, minimieren den Um- und insbesondere auch den Ausbau der vorhandenen Stromnetze. Die Geothermie, und speziell auch die petrothermale Geothermie, könnte mit ihrem theoretisch schweizweit enorm grossen Potenzial einen wesentlichen Beitrag zu einer dezentralen Energieversorgung mit Bandenergie leisten. Ein grösserer Anteil an Geothermiestrom würde nicht nur die Versorgungssicherheit markant erhöhen, sondern auch die Investitionen in den Um- und Ausbau der Stromnetze verringern. Zudem führt die Geothermie zu einer Stabilisierung der Stromnetze.

Die Geothermie ist aus diesen Gründen ein zentrales Element in der Energiestrategie 2050. Die Umsetzung konkreter Massnahmen zur Förderung der Geothermie ist folglich nicht nur in Hinblick auf die zukünftigen Stromnetze entscheidend, sondern darüber hinaus insbesondere auch für die Erreichung der Schweizer Energie- und Klimaziele unabdingbar. Das im ersten Massnahmenpaket zur Energiestrategie 2050 formulierte Förderprogramm für die Tiefengeothermie ist daher als Mindestmassnahme zwingend umzu-

setzen. Nur so erhält die Geothermie ihre Chance, eine bedeutende Rolle in der zukünftigen Schweizer Elektrizitäts- und Wärmeversorgung mit einnehmen zu können.

Im Weiteren haben wir zum erläuternden Bericht zur Strategie Stromnetze sowie zum vorliegenden Gesetzentwurf über den Um- und Ausbau der Stromnetze die im Folgenden beschriebenen Detailbemerkungen.

Erläuternder Bericht zur Strategie Stromnetze (Vernehmlassungsgrundlage)

Kap. 1.1.6 Handlungsbedarf

Handlungsbedarf (S. 13)

«... Die Übertragungskapazitäten an den Grenzen sind ausgereizt und der Handel wird dadurch erschwert».

Diese Aussage stimmt nur in Richtung Frankreich. In Richtung Deutschland, Österreich und Italien beträgt die Leitungskapazität auf der Schweizer Seite jeweils mehr als das Doppelte als derjenigen auf der anderen Seite der Grenze.

Kap. 1.2.2 Leitlinien für den Um- und Ausbau der Elektrizitätsnetze

6. Nationale Bedeutung der Stromnetze (S. 18)

Wir lehnen den Vorschlag ab, dass der Bundesrat den elektrischen Anlagen der Netzebenen 1 bis 3 ein höherwertiges Interesse im Sinne von Artikel 6 Absatz 2 des Natur- und Heimatschutzes zukommen lassen kann. Nach wie vor soll dem Natur-, Landschaft- und Heimatschutz ein höherwertiges Interesse zukommen. Die Linienführung von Hochspannungsnetzen kann problemlos um unter Schutz stehenden Landschaften, Tourismusgebieten oder Objekten geführt werden. (Siehe Hochspannungsleitung Pradella-Martina im Gegensatz zur Leitung Pradella-Zernez im Bereich Scuol-Ftan-Ardez)

8. Mehrkostenfaktor (S. 19)

Bei der Berechnung des Mehrkostenfaktors für die Ebene 3 muss eine Verlustbewertung von Freileitung und Erdkabel berücksichtigt werden. I.d.R. haben Erdkabel kleinere Leitungsverluste über die Lebensdauer als Freileitungen. Wenn die Verbesserung der Energieeffizienz dem Bundesrat wichtig ist, ist eine Berücksichtigung der Verlustbewertung zwingend. Bei der Beschaffung von Transformatoren wird z.B. die Verlustbewertung (Eisen- und Kupferverluste) seit langer Zeit voll auf den Kaufpreis zugeschlagen.

Kap. 1.2.3.3 Nationales Interesse / Sachplan Energienetze (S. 32ff)

Wir lehnen den Vorschlag ab, dass die jeweils zuständigen Entscheidungsbehörden direkt eine Interessensabwägung durchführen und entsprechend von der ungeschmälernten Erhaltung eines Objektes im Sinne von Art. 5 NHG abgewichen werden kann. Die Schutzinteressen von nationaler Bedeutung, vor allem im Kultur- und Umweltbereich stehen über demjenigen des Ausbaus des Übertragungsnetzes.

Kap. 1.2.3.4 Räumliche Koordination

1. Festlegung Planungsgebiete (S. 35)

Bei der Festlegung der Planungsgebiete müssen zusätzlich noch folgende Kriterien berücksichtigt werden:

In den Planungsgebieten dürfen keine unter Natur- oder Landschaftsschutz stehende Gebiete und keine unter Heimatschutz stehenden Objekte enthalten sein. Die Korridore sind so festzulegen, dass zukünftige Übertragungsleitungen einen Mindestabstand von einem Kilometer zu Wohngebieten einhalten (Lärmverursachende Koronaentladungen).

Kap. 1.2.4 Optimierung der Bewilligungsverfahren

Laufende Gesetzgebungsprozesse (S. 38)

Wir lehnen die Beschränkung der Beschwerdemöglichkeit an das Bundesgericht ab. (Beschneidung der Mitsprachemöglichkeit der Bürger). Zudem darf die Mitwirkung der Eidg. Natur- und Heimatschutzkommission nicht eingeschränkt werden.

Bemerkungen zum Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze

Art. 15c (S. 2)

Abs. 1

Folgende Ergänzung: «Die Verlustbewertung bei der Netzebene 3 von Freileitung und Erdkabel muss im Kostenvergleich berücksichtigt werden.»

Art. 15d (S. 3)

Abs. 3

Folgende Ergänzung: «Das nationale Interesse von Natur-, Landschafts- und Heimatschutz ist in jedem Fall höher zu gewichten. »

Abs. 4

Folgende Ergänzung: «.....*grundsätzlich als gleichrangig zu betrachten mit anderen nationalen Interessen*, (neu:) ausser Natur-, Landschafts- und Heimatschutz. Dieses Interesse steht über dem Bau und Umbau von Anlagen des Übertragungsnetzes. Dies gilt auch für Anlagen der SBB.»

Art. 15h (S. 4)

Abs. 2

Folgende Ergänzung: «In den Planungsgebieten dürfen keine unter Natur- und Landschaftsschutz stehende Gebiete sowie keine unter Heimatschutz stehende Objekte enthalten sein. »

Art 15 i (S. 4)*Abs. 1*

Folgende Ergänzung: «Die Korridore sind so festzulegen, dass zukünftige Übertragungsleitungen einen Mindestabstand von einem Kilometer zu Wohngebieten einhalten (Lärmverursachende Koronaentladungen).»

Abs. 2

Folgende Ergänzung: «Bei der Evaluation der Übertragungstechnologie (Netzebene 1 bis 3) sind in jedem Fall, gemäss Bundesgerichtsurteil BGE 137 II 266 vom 5.4.2011 auch Erdkabel zu berücksichtigen, inkl. Verlustbewertung der einzelnen Technologien. »

Abs. 3

Folgende Streichung: «*Der Bundesrat setzt den Planungskorridor fest und bestimmt die anzuwendende Übertragungstechnologie.*»

Art. 18 (S. 5)*Abs. 3*

Folgende Streichung: «*Verfügungen über die Errichtung von Projektierungszonen sind in den betroffenen Gemeinden zu veröffentlichen. Beschwerden haben keine aufschiebende Wirkung.*»

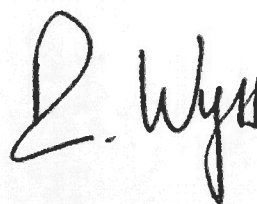
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Mit freundlichen Grüssen

GEOTHERMIE.CH



Willy Gehrher
Präsident



Dr. Roland Wyss
Generalsekretär

Beilage:

- Strategie Stromnetze – Vernehmlassungsvorlage, Fragenkatalog GEOTHERMIE.CH

Strategie Stromnetze

Vernehmlassungsvorlage

Fragenkatalog

Antwortende Organisation: GEOTHERMIE.CH, Schweizerische Vereinigung für Geothermie

Inhalt

Szenariorahmen.....	2
Bedarfsermittlung.....	2
Nationales Interesse	5
Räumliche Koordination	5
Bewilligung Projekte	6
Überprüfung Kosteneffizienz.....	8
Öffentlichkeitsarbeit.....	8
Geodaten	8

Anleitung zum Ankreuzen der Fragekästchen:

- Nur eine Antwort pro Frage ankreuzen
- Doppelklick auf Kästchen und anschliessend „Aktiviert“ anklicken.

Szenariorahmen

1. Sind Sie damit einverstanden, dass der energiewirtschaftliche Szenariorahmen zukünftig als verbindliche Vorgabe für die Netzplanung durch die Netzbetreiber gesetzlich verankert werden soll?

Art. 9a Abs. 1 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

2. Sind Sie damit einverstanden, dass eine fixe Periodizität für die Überprüfung und die Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens gesetzlich verankert wird?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

3. Sind Sie damit einverstanden, dass 5 Jahre die richtige Periodizität für die Überprüfung und Nachführung des energiewirtschaftlichen Szenariorahmens ist?

Art. 9a Abs. 4 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.1 sowie 2.2 (Szenariorahmen)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bedarfsermittlung

4. Sind Sie damit einverstanden, dass das N-O-V-A-Prinzip (Netz-Optimierung vor -Verstärkung vor -Ausbau) als Teil der technischen Netzplanungsgrundsätze gesetzlich verankert wird?

Art. 9d Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

5. Sind Sie mit der Definition des Einspeisepunktes für neue Produktionsanlagen einverstanden?

Art. 9c StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Planungsgrundsätze)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

6. Sind sie damit einverstanden, dass die Netzbetreiber der Netzebenen 3-7 bei der Bedarfsermittlung für einen angemessenen Einbezug der betroffenen Kantone, Gemeinden sowie weiterer Betroffene zu sorgen haben?

Art. 9e Abs. 2 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

7. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Falls 7: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Einreichung der Mehrjahrespläne durch die Netzbetreiber an die ElCom eine Frist von 9 Monaten gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 9b Abs. 1 StromVG

Erl. Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Koordination der Planung)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: 12 Monate

9. Sind Sie damit einverstanden, dass die ElCom zukünftig die Mehrjahrespläne der Netzbetreiber prüfen und eine schriftliche Stellungnahme abgeben muss?

Bemerkung: Gemäss Art. 6 Abs. 1 lit. a StromVV sind die Verteilnetzbetreiber für Netze mit einer Spannung von 36 kV (Netzebenen 5 und 7) und weniger von der Erstellung von Mehrjahresplänen befreit, dementsprechend sind nur die Übertragungsnetzbetreiber und die Verteilnetzbetreiber betreffend die Netzebene 3 zur Erstellung von Mehrjahresplänen verpflichtet.

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Erachten Sie es als notwendig/sinnvoll, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist gesetzlich verankert wird (nach Einreichung)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

11. Falls 10: ja; sind Sie damit einverstanden, wenn für die Prüfung der Mehrjahrespläne durch die ElCom eine Frist von 9 Monaten nach Einreichung gesetzlich verankert wird? Falls nein, welche Frist (Anzahl Monate) erachten Sie als angemessen (bitte präzisieren)?

Art. 22 Abs. 2^{bis} StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.2 sowie 2.2 (Aufgaben)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: 12 Monate

Nationales Interesse

12. Erachten Sie es als zielführend, dass die Anlagen des Übertragungsnetzes von Gesetzes wegen von nationalem Interesse sind und der Bundesrat weiteren Anlagen der Verteilnetze von hoher Spannung (Netzebene 3) eine Bedeutung von nationalem Interesse zuerkennen kann?

Art. 15d Abs. 2 und 3 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.3 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Dies darf nicht zu Lasten von Natur-, Landschafts- und Heimatschutz geschehen. Diese haben immer Priorität.

Räumliche Koordination

13. Sind Sie damit einverstanden, dass für die Erstellung von Leitungen der Netzebene 1 auch in Zukunft grundsätzlich ein Sachplanverfahren durchgeführt werden muss?

Art. 15e EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.4 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

14. Erachten Sie es als notwendig, dass das bisher auf Verordnungsebene geregelte 2-stufige Sachplanverfahren (1. Schritt: Festsetzung Planungsgebiet, 2. Schritt: Festsetzung Planungskorridor und Bestimmung Übertragungstechnologie) neu auf Stufe Gesetz festgehalten wird? (bisher: Art. 1a – 1d der Verordnung über das Plangenehmigungsverfahren für elektrische Anlagen; SR 734.25; VPpA)

Art. 15e – 15j EleG

Erläuternder Bericht 1.2.2.4 sowie 2.1

☒ notwendig ☐ nicht notwendig ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Bewilligung Projekte

15. Erachten Sie es als zielführend, wenn für die Bewilligung von Leitungen des Übertragungsnetzes eine direkte Zuständigkeit des BFE vorgesehen wird?

Bemerkung: Im Rahmen der Strategie Stromnetze ist bislang noch keine Anpassung des betreffenden Artikels (Art. 16 Abs. 2 lit. b EleG) vorgesehen, sodass das BFE auch für Leitungen des Übertragungsnetzes (Netzebene 1) nur zuständig wird, sofern das Eidgenössische Starkstrominspektorat ESTI Einsprachen nicht erledigen oder Differenzen mit den beteiligten Bundesbehörden nicht ausräumen konnte.

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Als erste Instanz soll weiterhin das ESTI zuständig sein

16. Halten Sie es für notwendig, dass Leitungstrassen zur Sicherstellung von Aus- oder Umbauten einer bestehenden Leitung langfristig mit Baulinien gesichert werden können?

Art. 18b EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

17. Wie beurteilen Sie die Möglichkeit, dass das BFE verwaltungsexterne Personen mit der Durchführung von Plangenehmigungsverfahren beauftragen kann?

Art. 17a EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Dies ist eine hoheitliche Aufgabe.

18. Ist es aus Ihrer Sicht zielführend, dass die Genehmigungsbehörde auf Antrag der Übertragungsnetzbetreiberin Massnahmen auf unteren Netzebenen (wie Bündelung, Verkabelung) anordnen kann?

Art. 15b Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

19. Sind Sie der Meinung, dass ein Mehrkostenfaktor (Mehrkosten der Realisierung von Leitungsprojekten als Kabelvariante anstatt als Freileitung) eine geeignete und effiziente Massnahme für einen zeitgerechten Aus- und Umbau der Verteilnetze (NE 3-7) darstellt ?

Art. 15c EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Zwingend ist aber die Berücksichtigung eine Verlustbewertung beider Technologien

20. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Mehrkostenfaktor eine gesetzliche Obergrenze festgelegt wird und die Festlegung des Mehrkostenfaktors unter Berücksichtigung definierter Kriterien (Verkabelungsgrad, Netznutzungsentgelt, Technologieentwicklung, Kosten Erdverkabelung) an den Bundesrat delegiert wird?

Art. 15c Abs. 2 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: Bei der Auflistung fehlt die Verlustbewertung

21. Sind Sie mit der in Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG formulierten Ausnahmeregelung bei der Festlegung des Mehrkostenfaktors einverstanden?

Art. 15c Abs. 3 und Abs. 4 EleG

Erläuternder Bericht 1.2.3.5 sowie 2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

22. Sollten aus Ihrer Sicht weitere Massnahmen zur Optimierung/Beschleunigung der der Bewilligungsverfahren ergriffen werden?

(Wenn Ja, bitte konkrete Vorschläge angeben)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Konkrete Vorschläge / Bemerkungen: Es darf keine Beschneidung der Bürgerrechte geben

Überprüfung Kosteneffizienz

23. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kosten der Netzbetreiber für Informationsmassnahmen anrechenbar sind?

Art. 15 Abs. 2 Bst. d StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

24. Inwiefern erachten Sie die Anrechenbarkeit von Kosten innovativer Massnahmen für intelligente Netze (bspw. Smart Grids) vor dem Hintergrund der Energiestrategie 2050 des Bundesrates als zielführend?

Art. 15 Abs. 3 StromVG

Erläuternder Bericht 1.2.3.7 sowie 2.2 (Anrechenbare Netzkosten)

☐ zielführend ☒ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Öffentlichkeitsarbeit

25. Wie beurteilen Sie die gesetzliche Verankerung der Kompetenz des Bundes und der Kantone zur Information der Öffentlichkeit über zentrale Aspekte der Netzentwicklung und über die Mitwirkungsmöglichkeiten?

Art. 9f StromVG

Erläuternder Bericht 2.2 (Netzentwicklung und Öffentlichkeitsarbeit)

☒ zielführend ☐ nicht zielführend ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Geodaten

26. Erachten Sie es als sinnvoll, dass das BFE eine Gesamtsicht der elektrischen Anlagen erstellt und diese der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt?

Art. 26a EleG

Erläuternder Bericht 2.1 sowie 5.5

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen: